

Die „Freie Presse“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Preisen 4,50 M., bei direktem Postbezugs monatlich 8,15 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 15.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III., Fernsprecher: Kurt Norden 2595 und 2596.

Interate sollen die achtspaltige Normzeile od. deren Raum einchl. Leerungszeichen 3,20 M., das fettgedruckte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pf., Familien- und Organisationsanzeigen die achtspaltige Normzeile 2,40 M., das fettgedruckte Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Interate für den darauf stehenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Kurt Norden 2595-96, 2768

Freie Presse

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Begegnung den Belagerungszustand!

Die Volksabstimmung in Schleswig.

Die erste Zone dänisch.

Gestern fand in der ersten Zone des strittigen Gebietes in der Nordmark die Volksabstimmung statt. Die Abstimmung selbst vollzog sich unter starkem nationalen Gedränge von beiden Seiten. Ueber das Wahlergebnis selbst ununterrichtet folgende Wolff-Meldung:

Riel, 11. Februar.

Bis 3 1/2 Uhr morgens waren in der ersten Zone der Nordmark für Deutschland 20'924 Stimmen, für Dänemark 55'279 Stimmen gezählt. Eine Anzahl von Landgemeinden stehen noch aus.

Damit ist das Schicksal der Nordmark besiegelt. Der Ausfall dieser Abstimmung bedeutet die natürliche Folge der Unterdrückungspolitik des alten Regimes, die hier wie vorher in Posen und Elb-Lothringen ihre Früchte trug.

Der nationale Hummel.

Die deutschnationalen Presse sucht unter Aufzählung aller möglichen Schlagworte die gespannte politische Situation noch mehr zu verschärfen, indem sie die Auslieferungsfraße zur Ausweitung der nationalistischen und politischen Leidenschaften mißbraucht. Ihr gemißt die Stellung der Regierung nicht, sie erklärt schon jetzt in allen Tonarten, die Regierung lehne zwar heute die Auslieferung ab, sie werde aber in kürzester Zeit umfallen, und deshalb gelte es, selbst auf dem Posten zu sein. Recht bezeichnend für diese Art der Agitation ist folgende Erklärung, die die „Kreuzzeitung“ unter der stolzen Ueberschrift „Ein mannhaftes Wort“ veröffentlicht:

Auf der Auslieferungsliste sehe auch ich. Die Regierung lehnt heute die Auslieferung ab. Mit einem Ansehen ist in kürzester Zeit zu rechnen, denn die Worte „unausführbar“, „verdorrene Hand“ usw. sind in unserem Gedächtnis, ebenso die Taten, die diesen Worten folgten.

Freiwillig stelle ich mich nicht, verkäre jeden Menschen, der mich mit Gewalt zwingen wollte, für einen Schuft und würde in diesem Falle von meinem Revolver Gebrauch machen, aber nicht etwas, um mir selbst etwa das Leben zu nehmen.

v. La Chevallerie,

Generollenant u. Kommandeur der 4. Inf. Division.

Im ähnlichen Sinne wie der kaffere General, der jeden mit dem Revolver bedroht, der ihn etwa verhaften wollte, äußerte sich Prof. Dr. Noeibe, die berühmte nationale Geistesgröße der Berliner Universität, in einer gestern veranstalteten Protestversammlung des deutschnationalen Jugendbundes in der Philharmonie. Auch er erklärte, das „Niemals“ der deutschen Regierung werde versagen. Auf solche Erklärungen wolle er nicht rechnen.

Wir haben nicht nur Feinde draußen, sondern die Feinde im eigenen Vaterlande zu fürchten. In Tagen Dummheit mühen wir, daß alles von oben her zum Besten des deutschen Volkes geschah; heute wissen wir gerade das Gegenteil. Keiner von Euch, der deutschen Jugend, darf ruhen und sich des Lebens freuen. Es gibt wieder die schwarze weiße rote Flagge an der Weichsel weht und Straßburg den deutschen Kaiser grüßt.

Wir wissen nicht, ob Professor Noeibe Straßburg nur für den Defektor in Amerongen erobert will. Der frühere Kronprinz dürfte für ihn auscheiden, nachdem er die unerhörte Schmach auf sich geladen, daß er erklärt hat, sich freiwillig stellen zu wollen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die Montagabend erklärt hatte, daß die Selbstgestaltung ein Verbrechen gegen Staat und Volk bilde, attestiert heute den früheren Kronprinzen mit unzufriedener Miene, daß sein Gedankengang sich nicht mit der Wirklichkeit decke und nur ein Moment der Verwirrung für die auf den Listen verzeichneten Persönlichkeiten bilde. Am übrigen bemerkt das Volk mit launiger Bosheit, daß der frühere Kronprinz sich wohl nur deshalb der Entente angeboten habe, weil er sich in Holland befinde und überzeugt sei, daß die niederländische Regierung ihn nicht ausliefern werde, falls er sich nicht freiwillig stelle.

Als wichtigste Waffe der deutschnationalen Kreise empfiehlt das Agrarierblatt nach wie vor den politi-

schen Mordmord, den es bereits am Freitag gegen aller Gegner der Auslieferung proklamiert hatte. Es hatte erklärt, jeder, der sich durch die Feinde gegen die Auslieferungsliste verzeichneten Deutschen „gebrauchen“ lasse, müßte „als Landesfeind für vogelfrei erklärt und demgemäß rücksichtslos und straflos behandelt werden“. Und die „Post“ hatte diese Aufforderung zum politischen Mordmord noch dahin erläutert, daß es sich hier ausschließlich um die U.S.P. handele, gegen die die Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen müsse, damit das Volk nicht genötigt wäre zur „Selbstjustiz“ zu greifen. Heute erklärt die „Deutsche Tageszeitung“, sie finde es recht auffallend, daß sich die linksstehende Presse über ihren Vorkriegsstand erheitert habe. Das führende Organ der deutschnationalen Kreise kann es also noch immer nicht begreifen, daß sich heute finden, die mittelalterliche Kampfmethode als Barbarei und Verbrechen betrachten. Für die „Deutsche Tageszeitung“ und die ihr nahestehenden Elemente ist die Propaganda des Mordmords und der Lynchjustiz nach wie vor das A und O ihrer politischen Politik.

Lloyd George über den Bolschewismus.

London, 10. Februar. (Reuter.)

Im Unterhaus behandelte Lloyd George bei der Debatte über die Presse auf die Thronrede in der Hauptfrage Fragen innerer Art. Er beantwortete die Kritik von Johnson und Maclean und wies darauf hin, daß das Budget 1919/20 günstig ausfallen werde. Er nahm Bezug auf seine Erklärung über die Lage in Europa bei der Behandlung des liberalen Amendements, in dem eine Abänderung des Friedensvertrages gefordert wird, und beschränkte sich bei seiner Erklärung über die auswärtigen Angelegenheiten auf Rußland.

Lloyd George verteidigte die russische Politik der Regierung und legte Nachdruck darauf, daß Europa nicht wiederhergestellt werden könnte, bevor die russischen Hilfsquellen wieder zur Verfügung ständen. Lloyd George wies auf die Zwecklosigkeit anderer politischer Richtlinien hin. Der Premierminister sagte, es sei deutlich, daß der Bolschewismus nicht durch Waffengewalt vernichtet werden könne. Bereits vor einem Jahre sei er dieser Ansicht gewesen. Er bestrich keine militärische Invasion durch den Bolschewismus, weder im Westen, noch im mittleren Osten, da die Bolschewisten nicht über die nötigen Ausrüstungs- und Transportmittel verfügten und da kein Anreiz zu einer Invasion bestehe, weil die Länder um Rußland herum dem Erdbeben nichts bieten könnten. Unter Bezugnahme auf den Vorschlag des Friedensschlusses mit den Bolschewisten wiederholte Lloyd George, daß, bevor die Regierung, die Rußland verwalte, die barbarische Methode aufgegeben habe, und auf zivilisierte Weise regiere, kein zivilisiertes Gemeinwesen in der Welt geneigt sein werde, unmittelbar Frieden zu schließen. Es bestehe keine Regierung, die das Recht habe, für ganz Rußland zu sprechen. Der einzig übrigbleibende Weg sei, Rußland durch den Handel zu retten, was einen beruhigenden Einfluß haben würde und mehr als jede andere Methode die Grausamkeit und Raubgier der Bolschewisten austrotten werde.

Zur Lage in Irland, wo die feinsten und verächtlichsten Morde begangen würden, sagte Lloyd George: können unter diesen Umständen die englischen Truppen aus Irland zurückgerufen werden? Solange die Regierung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Irland verantwortlich ist, muß sie ihre Pflicht tun.

Die Friedensfrage im amerikanischen Senat.

Der Senat hat mit 62 gegen 10 Stimmen eine Resolution angenommen, die von den demokratischen und republikanischen Führern unterstützt wurde und bezugslos der Friedensvertrag an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten zurückverwiesen wird, mit der Befugnis, einen Bericht über die republikanischen Reserven, die in der letzten Sitzung angenommen wurden, abzugeben. Die Kommission tritt heute Dienstag zusammen. Man erwartet, daß der Bericht sofort erfaßt werden wird.

Willfür!

Wie abgestumpft ist doch das Rechtsgefühl im deutschen Volke, und wie selbstverständlich nimmt man hier die Willfür hin, wenn sie nur nützlich zu sein scheint und den anderen trifft!

Die Handhabung des Belagerungszustandes ist diesmal noch willkürlicher als sonst. Das erklärt sich ohne weiteres, da der Grund, weshalb er verhängt worden ist, von Anfang an hinfällig war. Es war einfach nicht wahr, daß ein Putsch oder ein gewaltsamer Versuch zum Sturz der Regierung geplant war. Selbst angenommen, die Regierung hätte an das Putschmärchen einen Augenblick lang geglaubt, so hätte sie nach wenigen Tagen einsehen müssen, daß ihre Angst ganz unbegründet war. Der Belagerungszustand bleibt aber aufrecht erhalten und die militärischen Befehlshaber schalten nach wie vor, als ob es gälte, mit allen Mitteln des Staates eine allgemeine Erhebung zu verhindern. So wirkt diesmal der Belagerungszustand willkürlicher, seine Maßnahmen erscheinen noch unbegründeter als je.

Man hat sich in Berlin entschlossen, die Presse freizugeben. Es wäre auch unmöglich gewesen, schon wegen des Eindrucks im Auslande, die unabhängige Sozialdemokratie noch länger völlig mundtot zu machen. Aber warum bleiben die Verbote in der Provinz, z. B. in Leipzig und Halle, aufrecht erhalten? Die „Leipziger Volkszeitung“ hat doch mit den Berliner Vorgängen nicht das geringste zu tun gehabt; in Leipzig ist es nicht zum geringsten Zwischenfall gekommen, und trotzdem bleibt die Zeitung nun schon die vierte Woche verboten! Als das Verbot erfolgte, mußte sogar die bürgerliche Presse anerkennen, daß die Gründe gänzlich unftichtig sind. Und heute noch ist das Verbot aufrecht.

Zu den alten Verböten treten immer wieder neue. Im Krieger, unter dem Ludendorff-Regiment wurden die Zeitungen zuerst verboten und wurden dann auf drei oder fünf Tage verboten. Jetzt erfolgt, oft aus den geringfügigsten Anlässen, ohne jede Warnung ein Verbot gleich für einen vollen Monat! Das geschah z. B. dem „Goshaer Volksblatt“, weil es in einem Artikel jene Verhaftung unferes Kollegen Koblod in durcheinand rubiger Weise kritisiert hatte, die selbst bei den bürgerlichen Pressevertretern einen Sturm der Entrüstung erregt hatte. Die Verhaftung war so willkürlich, daß Koblod entlassen werden mußte. Aber für die Kritik, deren Verurteilung überhaupt nicht angezweifelt werden kann, wird eine Zeitung von irgendeinem untergeordneten militärischen Befehlshaber einfach wochenlang unterdrückt und ihre materielle Existenz mit Vernichtung bedroht. Und gegen diese Willkürherrschaft gibt es kein Rechtsmittel und die öffentliche Meinung läßt sich das widerstandslos gefallen!

In Sachsen herrscht überhaupt ein wahres Schreckensregiment. Am vorigen Freitag wurde auch das Dresdener Parteiblatt verboten, und damit sind fast alle sächsischen Tageszeitungen der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“ in dieser Zeit wichtiger politischer Entscheidungen unterdrückt. Die Chemnitzer „Volkszeitung“ und die „Volkszeitung für das Muldental“ sind ebenfalls verboten; nur die „Volkszeitung“ für Plauen ist noch unbehelligt. Sachsen gehört zum IV. Wehrbezirk, und dort führt der Generalmajor Maerker das Regiment. Er hat auch außerhalb Sachsens fast alle sonst noch in seinem Bezirk vorhandenen Blätter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verboten, darunter das „Volksblatt für Halle“ auf unbestimmte Zeit. Immer wieder muß hervorgehoben werden, weil es so ungeheuer charakteristisch für die deutschen Verhältnisse ist, daß die Handhabung des Belagerungszustandes praktisch in den Händen der Militärs liegt, daß damit trotz aller juristischen Verschönigungen der Militarismus noch immer über der Zivilgewalt steht.

Wie lange soll dieser Zustand nun eigentlich noch dauern. Glaubt die Regierung wirklich, daß diese Maßnahmen irgendeinen Sinn haben? Der Partei als solcher können sie nichts anhaben. Sie können nur immer erneute Erbitterung und dienen nur der völligen Bloßstellung einer „Demokratie“, die ihre eigenen Grundzüge in leichtfertiger Weise preisgibt.

Noch Mühen und empfindlicher Arbeit es um die Handhabung der Schubhaft. Diese überflüssige Institution hat uns ja überhaupt erst der Krieg gebracht. Früher war es bei allen zivilisierten Nationen ein unumstößlicher Grundsatz, daß der Staatsbürger nur wegen einer strafbaren Handlung seiner Freiheit verlustig gehen konnte. Es mußte ein ordentliches Gerichtsverfahren stattfinden, niemand durfte seinem Richter entzogen werden. Selbst unter dem Sozialistengesetz blieb dieser Grundsatz gewahrt. Nur im politischen Ausland gab es das administrative Verfahren, nach dem Personen ohne Rücksicht ihrer Freiheit beraubt werden konnten. Aber Ausland galt politisch nicht als zivilisiertes Gemeinwesen. Während des Krieges hörten die Proteste gegen die Willkür der Schubhaft nicht auf. Trotzdem blieb das administrative Verfahren, das die Möglichkeit zu recht- und gesetzlosen Verhaftungen gibt, bestehen, und von einer revolutionären Regierung wird unter Zustimmung der Rechtssozialisten von diesem Mittel Gebrauch gemacht in einem Umfang, der alles bisherige übertrifft. Man findet es nicht einmal nötig, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wieviel Leute in Schubhaft gesetzt worden sind. Es ist das vornehmste Stimmittel der Regierung geworden, das sie gegen ihre Gegner rücksichtslos und bedenkenlos in Anwendung bringt.

Und was wir von den Zeitungsverboten gesagt haben, gilt für die Anwendung der Schubhaft gegenwärtig noch in besonderem hohem Maße. Die Regierung weiß ganz genau, daß es keine Anstifter zu Unruhen oder gewalttätigen Handlungen gibt. Trotzdem hat sie eine große Anzahl von Personen, die auch nicht im entferntesten Zusammenhang mit den Ereignissen stehen, die angeblich zur Verhängung des Belagerungszustandes geführt haben, in Schubhaft genommen. Es läßt sich ihnen nicht die geringste Straftat nachweisen. Es wird auch gar kein Strafverfahren gegen sie eröffnet werden, aus dem einfachen Grunde, weil kein Strafbescheid zu ermitteln ist. Trotzdem bleiben sie in Haft, so lange es ihren politischen Gegnern, die in der Regierung sind, gefällt.

Hier hört jeder Schein von Recht und Gerechtigkeit auf, hier handelt es sich um nackte Willkür, die gerade deshalb so erbitternd wirkt, weil sie die Form des Rechts anzunehmen magt, und doch nichts ist als rechtlose Willkür. So hat man den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Dümmig, so den Genossen Vollmershaus, den zweiten Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission, in Haft genommen, so eine ganze Anzahl unabhängiger, kommunistischer und sozialistischer Arbeiter unter dem Verdacht, sie könnten vielleicht an irgendwelchen der Regierung unangenehmen Ereignissen beteiligt sein, oder sich in Zukunft beteiligen.

Das Schlimmste aber ist, daß diese Beseitigung eines staatsbürgerlichen Grundrechts, das im England des 17. Jahrhunderts die Habeas corpus-Akte allen Bürgern garantiert hat, in dem deutschen politischen Sumpf nicht die geringste Bewegung auslöst. Hier nimmt man eben die Gewalttätigkeit als etwas Selbstverständliches hin. Die Freien, die in diesem Lande fragen: Was ist Recht? sind sehr spärlich. Fragen doch die Anarchisten in diesem Lande kaum: Was kommt danach?

Kürzlich hat in Berlin eine Konferenz der rechtssozialistischen Vertrauensmänner stattgefunden. Sie hat die Aufhebung der Presseverbote begrüßt. Wir haben geglaubt, wie diese Aufhebung in Reichs dranhin aussieht. Die Konferenz hat sich aber auch — acht rechtssozialistisch — für die Beibehaltung des Belagerungszustandes ausgesprochen, mit der Begründung, daß die reaktionären Parteien die Auslieferungstrage für ihr Parteinteresse auszunutzen bestrebt sind; es müsse daher mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß von jener Seite Versuche, einen Bürgerkrieg zu entfesseln, unternommen werden. Ueber die Torheit dieses Beschlusses ist kein Wort zu verlieren. Der Belagerungszustand legt die ganze vollziehende Macht in die Hände der Militärpersonen, und auch S. P. D.-Funktionäre wüßten nochgerade wissen, daß diese Herren den deut-

nationalen Kreisen noch etwas näher stehen, als selbst dieser Regierung. Aber dieser Nachfertigungsversuch des Belagerungszustandes ist nicht nur eine Torheit, sondern auch eine Heuchelei. Denn keine ganze Schärfe richtet sich ja vor allem gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, und mit dem Belagerungszustand verknüpft ist jenes schändliche Verfahren der Schubhaft, das zu rechtfertigen überhaupt nicht möglich ist.

Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft mit aller Kraft gegen den Belagerungszustand protestiert, die Pressefreiheit sich zurückerobert und die Schubhaftshände befreit.

Immer weiter Pressebelagerung.

Die unabhängige „Blauerer Volkszeitung“ ist ab 10. Februar wegen der Kritik des Verhaltens der Regierung in der Auslieferungstrage verboten.

Ebenfalls verboten, wohl gemerkt, aber nur auf drei Tage, wurden die hiesigen „Medienburger Nachrichten“, weil sie der deutschen Regierung unterstellten, daß sie in der Auslieferungstrage den fremden Regierungen zu Willen sein würde.

Es geht doch nichts über die „vollendete Demokratie“.

Der Bergarbeiterlohn.

Aus Bochum wird gemeldet, daß die Bezirkskommission für das Ruhrgebiet dem neuen Bergarbeiterlohn zugestimmt hat. Gegen die Stimmen wurde eine Entschüpfung angenommen, in der es heißt: „Die heutige Konferenz der Bezirkskommission des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Ruhrgebiet stimmt den Tarifveränderungen im allgemeinen trotz der ihnen noch anhaftenden Mängel zu. Die Konferenz erwartet aber, daß bei den bereits vereinbarten Verhandlungen bezüglich der südlichen Randgebirge und dem Deputatentabelle für Inhabilitäten Verbesserungen durchgeführt werden. Deswegen fordert die Konferenz Berücksichtigung der noch unerledigten Forderungen bei den nächsten Tarifverhandlungen.“

Die wichtigsten materiellen Bestimmungen des neuen Tarifes bringen den Bergarbeitern folgende Verbesserungen:

Allen über 20 Jahre alten über und unter Tage beschäftigten Arbeitern wird vom 1. Februar ab eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 8 P., den jüngeren Arbeitern eine entsprechend geringere gewährt.

Das Kindergeld, das bisher 20 Pf. je Kind und Kind betrug, ist auf 1 R. erhöht, darin eingeschlossen ist der Betrag für die Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise.

Außerdem wird ohne Rücksicht auf das Alter den unter Tage beschäftigten Arbeitern eine feste Schichtzulage von 3 R. gegeben.

Manne wurde die Höchstzahl der Urlaubstage von 6 auf 9 erhöht, mit der Maßgabe, daß auf über 6 Tage hinausgehenden Urlaubstage für das Urlaubsjahr 1000/21 vergütet, dafür jedoch eine Urlaubvergütung gezahlt wird.

Zweiterlei Maß.

Wo die Kostekauf nicht hinlangt.

Wie die meisten verbotenen Parteiblätter, ist auch das „Kollektive Volksblatt“ unterdrückt worden, weil es Maßnahmen der Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung in verletzender Form kritisiert haben soll. In welcher Weise aber die deutschnationale Geheimpresse tagtäglich über die Regierung und einzelne ihrer Mitglieder urteilt, ohne irgendwas beabsichtigt zu werden, dafür nur ein Beispiel. In Halle hat der Universitätsprofessor Geheimrat Waentig dieser Tage bei den Regierungsozialisten einen Vortrag über den Staatsbankrott gehalten. Diese Tatsache gibt der deutschnationalen „Kollektiven Zeitung“ Veranlassung, die Frage zu stellen, ob Professor Waentig Minister werden wolle und dann folgendes Bild von der jetzigen Regierung zu zeichnen:

„Waentig könnte jetzt Minister werden, nachdem er sich die vorchriftsmäßige politische Gesinnung zuge-

legt hat. Denn unter der Regierung, die das deutsche Volk gegenwärtig zu ertragen hat, ist parteipolitische Abkämpfung alles und sachliche Befähigung nichts. Wenn den Herrn Genossen Universitätsprofessoren jetzt ein innerer Drang nach Berlin ziehen sollte, nach dem großen Berlin voll Leben und Kämpfer, dann würde seinem Einzug in ein Ministerpalais nichts mehr im Wege stehen. Nur dürfte er nicht damit rechnen, ein Arbeitsgebiet zu bekommen, auf dem er noch wenigstens einige Kenntnisse besitzt. Heute wird vergeben und verteilt, was gerade frei ist. Da kann ein Kaffeekaus-mußlos Reichswirtschaftsminister und ein Analphabet Minister für Kunst und Wissenschaft und Volksbildung werden, wenn nur die Quittungskarte über gezahlte Mitgliedsbeiträge an die Sozialdemokratische Partei vorgezeigt werden kann. Unter den Personen, welche das deutsche Volk seit dem 9. November „regiert“ haben, würde Genosse Waentig übrigens gar nicht mal eine so able Figur machen, denn er besitzt manches, was vielen dieser Leute abging. Er kann beispielsweise grammatisch richtig schreiben und orthographisch richtig sprechen — Geheimrat Waentig ist in der Tat ein vielversprechender Mann —, er hat auch nie im Gefängnis gesessen, und es steht, glauben wir, auch nicht zu bezweifeln, daß er nach einiger Amtstätigkeit von seinen Minister-Genossen flehentlich gesucht werden würde.“

Wir sind im allgemeinen nicht dafür, daß jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird, wir verlangen auch nicht etwa, daß man die „Kollektive Zeitung“ wegen Angriffe auf die Regierung verbiete, sondern wollen nur zeigen, welcher Freiheit sich die Rechtspresse im Gegensatz zu unierer Parteiblättern erfreut. Ueber Halle und den Kreis Merseburg hat General Maerder ohne jeden Grund den verhängten Belagerungszustand verhängt. In dem Volksblattverbot kommt also hinzu, daß unsere Parteigenossen jeder Versammlungsmöglichkeit beraubt sind, während die reaktionären Parteien ungehindert eine geradezu fabelhafte Versammlungspropaganda betreiben können.

Am Sonntag sprach in Halle anstelle des an der Grippe erkrankten Knippel-Kunze, der Schriftleiter Abel von der „Deutschen Zeitung“ über das Thema: „Heraus aus dem Sumpfe!“ Wie sich das für einen wahrhaften Antifemiten versteht, sollte er dabei die Judenfrage besonders auf, die, wie er sagte, „bislang immer ein Stiefkind in der deutschnationalen Partei gewesen sei!“ Nach der „Kollektiven Zeitung“ sagte Abel, daß wir jetzt in einem Sumpfe lägen, über den Koske einmal sagte: Wir befinden uns in einem Schweinestall, und er sei dabei, diesen Schweinestall auszumisten. (Zurufe aus der Versammlung: Aber bei Ebert anfangen!) Weiter verlangte Abel: Fort mit den Männern, die heute in dieser Stunde an der Regierung stehen! (Beif. Beifall!) Fort mit dem ganzen System! Es genügt nicht, daß ein Erzberger geht, oder ein Koske, nein, das ganze System von A bis Z muß heraus. Wir werden diese Regierung bekämpfen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, bis wir dahin kommen, wo wir gewesen sind. Wir werden es machen, wie sie es gemacht haben, nur mit dem Unterschiede, daß wir kein russisches Geld dazu nehmen. (Beifall.) Jeder Tag, den diese Regierung noch am Ruder ist, ist ein Schritt zu unserem Untergange. Ein Sturm muß in der Versammlung toben, und auf den Hänken der Rechten muß ein rücksichtsloser Kampf entfesselt werden. (Beif. Beifall.) Verlangen Sie von Ihren Wählern ein rücksichtsloses Bekenntnis zur Monarchie! Wir müssen unseren Kaiser wieder haben, für den Platz genug bei uns ist. Wir wollen einen Kaiser wieder haben, und wir wissen auch, daß er nur aus Hohenzollern kommen kann. Die Demokratie können wir nicht brauchen!

Wie gesagt: Solche nationallistischen Vorträge dürfen die Reaktionen ungehindert aufführen, während man zu gleicher Zeit und am gleichen Ort die unabhängige Presse unterdrückt und unabhängige Versammlungen verbietet. Wie sagte doch der deutschnationale Abel: „Demokratie können wir nicht gebrauchen!“

Richard Dehmel.

66 Jahre ist er alt geworden. Als Dichter hat er sich durchsetzungen, hatte den lombischen Diktator seines Namens, den ihm der nun etwa 20 Jahren die platte Biholei des Berliner Tageblattes vorgeworfen hatte, längst überwinden. Und fand nun als ein Auserkannter da. Die Jugend, die ihn früher inbrünstig verehrte, hatte sich von ihm zurückgezogen. Um ihn drängten sich in den letzten Jahren die Kriegsgegner, denen er die deutsche Fahne vorantrug. Ein Schlingensiefel. Er wurde der Sturm-geselle willkommener Nationalisten. Der Führerjohn und der Beamte meldete sich. Kriegsfreiwillig zog der 62jährige ins Feld, nahm während des Krieges von den Feinden und befreundeten seine Worte als deutsches Dokument. Mandat, was schön und erhoben geachtet war, wirkte als höfliche Vorse und Trost. Er wurde Offizier, lehnte Kriegserkrankung heim und stand an den Folgen. Ein Entlassener. Aus nationaler Verbundenheit allmählich wieder Erwachender. Zur Benennungszündung trat zeitweilig Schrift-tätigkeit, und eine Hungertötung raste ihn vollends dahin.

Nun er tot ist, feiern manche Blätter, die ihn selber bekämpften, als den Heldensoldaten und den Kriegssieger, der die Fahne vorantrug. Auch die Regierung widmet ihm ein Lorbeerblatt. Sie sieht in ihm ebenso wie der „Vormarsch“ die geistige Deckung, das ideale Gegenbild ihrer Kriegspolitik, wozu sie in gewissen Stimm und Recht hat. Aber der Jern aus dem leichten-gewachsenen Dichters kann für Politiker keine Rechtfertigung sein. Dehmels Bewunderung von Wilhelms Kraft und Heldentum, seine nationale Banalität, die große politische Seite lassen und seinen glühenden Kampf für Brot und Freiheit, Recht und Menschlichkeit nicht vergessen. Ein sozialer Dichter, wie ihn manche nennen, war er nicht, wenn ihn auch aus dem Mißgefühl für die Massen die schändlichen und wunden Strapazen gelingen. Unvergessen bleiben sein „Arbeitsmann“ mit seinem „nur Zeit, wir wahren Gewitterwind, wir Toll“ und sein „Erntelied“ mit dem drohenden

„Es hält die Nacht den Sturm an Schok. Und morgen geht die Arbeit los. Raffe, Raffe, wache! Es regt der Sturm die Felder rein. Es wird kein Mensch mehr Hunger Meise. Raffe, Raffe, wache!“

unserer Zeitsche, Richard Dehmel.“ Mehr noch als dem Sozialismus und dem Protestantismus fühlte er sich, je älter er wurde, auch dem Konfessionsbismus und dem Diktatorium, so auch den Wilhelm, Hindenburg und Hindenburg verbunden. Er war ein Gegner des Waffenstillstandes im Oktober 1918 und tief die letzten Freiwilligen aus, wobei ihm hätte Kolowit mit dem Worte Friedrichs des Großen entgegenget: „Siegzeit soll nicht vermahlen werden.“ Er aber blieb vom kriegerischen Furor befallen.

Mit seiner ersten Frau hatte er die Kindererziehung der Bilder-bücher „Hilfshilfe“ und „Buntstich“ geschrieben. Scherz und Härter war er in seiner tiefsten Jugendkritik, die ohne neue Formprägung von entseelter Stimmlichkeit durchströmt war. Damals in der Zeit der „Erzählungen“ schrieb er, „wenn du den Menschen weiter nichts zu bieten hast, als deine pobre Götterzeit, dann bist du höchstens ein verkappter protestantischer Pöbelgeist.“ Du Mensch, du Tier, sei doch rational!

Sein erstes Verlobung log ihn noch fünf Jahren schwer auf dem Herzen. Es war ihm „zu verhasst und nicht verführerisch genug“. Er will ergründen alle Lust, so tief er dürsten kann, er will sie aus der ganzen Welt schöpfen und künde er daran. Und dann bekant er jubelt, „ich wurde Mensch in wider Nacht in großem Wollustausch“, und er erklärt, er wolle lieber mit Huren um die Welt leben, als herrlich tun mit den Geschwätzern. Im schmalen Raum des Bastes fühlte er Wüstenträume durch den dungen Mittag bedeu, „sich im Herzen Feuerfelle, „ich lasse nach Gewittern, komm, Schichte, eile, eile!“ In seinem späteren Gedichtband „Aber die Liebe“, ein Ehe-manns- und Menschenbuch, schließt die Mut der Sinne und des Eros weiter, gibt sich in den Verwandlungen der Venus“ und läßt sich in seinem einzigartigen, doch sehr in die Breite gehenden Roman in Romanen „Zwei Menschen“, der einen Höhepunkt seines literarischen Schaffens bildet. Von seinen drei Dramen sind die „Menschenkunde“ das geistig reichste und tiefste, vermochte sich aber vielleicht wegen seines oratorien-follen Charakters und seiner grübelnden Problematik nicht auf der Bühne zu halten. In der Gefühlskritik, in der nach Geistigkeit ringenden Geschichtlichkeit, wuzelt sein poetisches Vermögen. Man finde bei ihm keine Grundgedanken: „Gedichte sind keine Abhandlungen, meine Gedichte sind Seelenwandlungen“, sagte er selbst einmal, und davon zeugt auch sein von Redenhalten dunkel gemähltes Gedicht. Er kämpfte stets mit sich und mit der Erde, die ihm „das Trübe“, den Alternenden dann das „ewig Gelle“ war. Aber da suchte er auch schon standes aus dem Ueberdauern der Jugend zu kämpfen oder zu verheimlichen. Manchmal auf sehr köstliche Wirkung seiner selbst bedacht, sah er

sich in der „Unwelt“, wo er früher nur die „schöne, wilde Welt“ gesehen hatte. Ein Gebändiger. Ein Berliner, dem die Jugend nicht mehr hold und über den die neue Generation hinausgewachsen war.

Mit Lilienron, der vor ihm stand, und mit dem Dichtersphilosophen Bruno Wille, dessen 60. Geburtstag wenige Tage vor Dehmels Tod gefeiert wurde, mochte er im Geiste einig geblieben sein. Die Toten Paul Scherbar und Peter Hill, sowie der Lebende Arno Holz hätten in sich den Idealisten und revolutionären. Wie aber Dehmel in sich den Idealisten und Realisten, den Naturrealisten und Symbolisten zu vereinen mochte, so mochte er auch bei seiner nationalistischen Kriegsvendung geglaubt haben, sein früheres Bekenntnis nicht zu verleugnen, daß ihn und in seinem sozialen Weltgefühl lebendig zeigt:

„Ich hab ein großes Vaterland, zehn Völkern schuldet meine Stirn ihr bischen Dien. Ich habe nie das Volk gekannt, in dem mein reinster Wert entstand. Da träumt' ich, daß der Mensch alle von Hunderttausenden bewacht, sich eignet macht, bis auch die Völker sich befreit zum Volk... mein Volk, wann wipst du sein!“

Richard Dehmel war Spreewälder, Märker. Der-liner mochte er nicht sein. „Wie schön hinter der Wand empfinden Berlin als eine Art fremden Angewandten inmitten unserer Heimat“, meinte er einmal, obwohl er herrliche, köstliche, reiche Jahre mit seiner ersten Frau im kleinen Panower Heim verlebte hat. Am 18. November 1883 wurde er zu Wendisch-Hermsdorf als ältester Sohn eines Hofratters geboren. Wahrgen befaßt der Junge die kremonener Volksschule in Cöllnswald, dann wurde er Schüler des Berliner Sophien-Gymnasiums. Seiner Gabung wurde jederder Lernstoff spielerisch leicht, und in der Prima noch fand er Zeit und Lust genug zu mannigfachen Abwechslungen. So wand ihm wegen „Hilflicher Urteile“ zu Berlin das Reifezeugnis verweigert. Mit mehr Glück etwaer er sich's dann innerhalb eines halben Jahres in Danzig. Etwas Somettes waren dem Studium der Philosophie und der Naturwissenschaften genähert; doch gelang die Sorge um die tägliche Brot ihn jedoch durch schon zu redaktioneller Arbeit an einem rheinischen Provinzial- und einer Jagdzeitung. Schließlich ließ ihn der Wissensdrang auch zu den brommenden logischen Proben, und Somettes lang studierte er Staatswissenschaft und Volkswirtschaft, um dann zu Ostern 1887 in Leipzig mit einer Arbeit über das Reichsversicherungs-gesetz zum Doktor zu promovieren. Dort mußte er sich als Sekretär des Reichsverbandes Deutscher Klassen-

